

Europa-Info-Mail

für das Münsterland.

Frühjahr 2014

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

EVP und CDU haben die Europawahlen gewonnen – in Europa und in Deutschland. Allen, die beigetragen und unterstützt haben, spreche ich einen herzlichen Dank aus.

Die nächsten 5 Jahre werden richtungsweisend für die Zukunft Europas sein. Zurück zu den nationalen Egoismen? Oder mehr europäische Integration hin zur Vergemeinschaftung von Schulden und einer europäischen Arbeitslosenversicherung?

Nein! Der Mittelweg heißt, dass Europa sich auf die großen Themen der Außen-, Energie- und Forschungspolitik konzentrieren muss. Genau wie auf die Vollendung des Binnemarktes. Die Nationalstaaten müssen ihren Kurs der finanz- und wirtschaftspolitischen Reformen fortführen. Nur das schafft Arbeitsplätze und hilft, den Euro weiter zu stabilisieren.

Ich freue mich auf die nächste Wahlperiode. Mein Einsatz gilt der Europäischen Idee. Für eine gefestigte EU mit starken Regionen und selbstbewussten Nationen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu



Werden Sie mein Freund bei Facebook:
www.facebook.com/markus.pieper

Europa-Info-Mail

für das Münsterland.

Frühjahr 2014

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	4
Die neue EU-Kommission 2014-2019	4
Aus den Europäischen Institutionen	5
Biosprit	5
EU-Freiwilligenkorps.....	5
Elektronisches Rechnungswesen.....	6
Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	6
Vergaberecht.....	7
Ladegeräte	7
Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz	8
EU-Luftreinhaltungspaket	8
Grundwasserrichtlinie	8
Europäisches Kaufrecht	9
Trinkwasser	9
Lieferwagen - CO2-Emissionen.....	10
Datenschutz im Internet.....	10
Bioprodukte	11
Pauschalreisen.....	11
Versicherungsverträge	12
Wirtschaft, Energie, Verkehr	13
Fahrtenschreiber	13
Erneuerbare – Erzeugung und Verbrauch.....	13
ÖPNV – Leitlinien	13
Energieeffizienzrichtlinie – Leitlinien.....	14
Notrufsystem eCall	14
Fluggastrechte.....	15
Vernetzte Autos.....	15
Freihandelsabkommen - Konsultation	16
Flughafenbeihilfen - Leitlinien.....	16
Korruptionsbekämpfungsbericht.....	17
Fahrzeugkontrollen, u.a. TÜV.....	17
Förderung und Termine	18
De-minimis-Beihilfen.....	18
Grundstückserschließung – Zuschüsse.....	18
Freiwilligentätigkeit	19
Fördergebietskarte	19
Öffentliche Urkunden.....	20
Bildung und Soziales	21

Erasmus+ Förderleitfaden	21
Innovationsranking 2014	21
Erasmus+ Portal.....	22
Sozialleistungen – arbeitslose EU-Zuwanderer	22
Meisterbrief.....	22
Asylbewerberzahlen 2013	23
Lernmobilität.....	23
EURES	24
Krankenversicherungskarte.....	25
Katastrophen – Massenevakuierungen	25
Ermittlungsverfahren – grenzüberschreitend.....	26

Thema des Monats

Die neue EU-Kommission 2014-2019

Die neue EU-Kommission 2014-2019 ist in Planung. Für sie muss es ein Programm mit den inhaltlichen Schwerpunkten ihrer Arbeit geben, welches Bestandteil der anstehenden Wahl des Kommissionspräsidenten im Europaparlament sein wird. Die CDU/CSU-Gruppe fordert eine Ausrichtung auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Es dürfen nur noch solche Gesetzgebungsvorschläge aus der EU-Kommission kommen, die für die europäische Wirtschaft positive Wirkungen entfalten.

Was passiert mit Martin Schulz? Der Spitzenkandidat der Sozialisten hat die Europawahlen sowohl EU-weit als auch in Deutschland verloren. Die Union hat als Wahlgewinner acht Prozentpunkte Vorsprung auf die SPD. Dies hat zum Schluss, dass nur der Wahlgewinner den nächsten deutschen EU-Kommissar stellen kann. Die Wahl des Kommissionspräsidenten ist für die zweite Straßburgwoche im Juli geplant. Klar, ist, dass es keinem deutschen Wähler zu vermitteln wäre, wenn der unterlegene Spitzenkandidat als Trostpflaster einen Posten in der neuen EU-Kommission bekäme.

Die EVP konzentriert sich jetzt voll und ganz auf die Inhalte der künftigen EU-Politik. Dazu legt die CDU/CSU-Gruppe momentan inhaltliche Vorschläge vor.

Aus den Europäischen Institutionen

Biosprit

An der Förderung von Biokraftstoffen der 1. Generation, die aus Lebensmittel- oder Energiepflanzen hergestellt werden, wird sich vorerst nichts ändern. Zwischen Kommission, Rat und Parlament konnte keine Einigung erzielt werden, in welcher Höhe eine Absenkung der Förderung erfolgen soll.

Im Kern geht es um die Frage, ob die herkömmlichen Biokraftstoffe der 1. Generation einen positiven Einfluss auf das Klima haben und ob ihr Anbau zu Lasten der Lebensmittelproduktion geht. Unter den Wissenschaftlern ist vor allem umstritten, ob die durch den Energiepflanzenanbau verursachte indirekte Landnutzungsänderung dazu führt, dass die Umweltvorteile der Biokraftstoffe teilweise aufgehoben und die positiven Wirkungen der Biokraftstoffe auf die Umwelt neutralisiert werden. Unter den gegebenen Umständen wird allgemein nicht damit gerechnet, dass es noch vor den Europawahlen zu einer Einigung kommt.

Der Beschluss des Parlaments vom 11.9.2013 unter
<http://bit.ly/1fG1O81>

EU-Freiwilligenkorps

Das Parlament hat am 25.2.2014 die Regeln für den Aufbau eines Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe beschlossen. Damit können in Zukunft rund 10.000 Freiwillige nach Naturkatastrophen (Tsunamis, Erdbeben, Überflutungen udgl.) zur Linderung von humanitären Krisen eingesetzt werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Interessierten in angemessener Weise ausgewählt, geschult und auf ihre Entsendung vorbereitet und ihnen so die notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen vermittelt werden. Die Freiwilligen kommen nur in Ländern außerhalb Europas und nicht in Gebieten mit bewaffneten Konflikten zum Einsatz. Die Bedingungen der Entsendung der Freiwilligen, darunter Standards für deren Schutz und Sicherheit, die Zuständigkeiten der Entsende- und Aufnahmeorganisationen, Versicherungsschutz sowie Tage- und Wohngelder und sonstige Zulagen, sollen vertraglich festgelegt werden.

Vorgesehen ist ein Budget von rund 148 Mio. Euro für 2014-2020. Die EU ist mit einem Anteil von knapp 50% an der weltweit geleisteten humanitären Hilfe der größte Geber humanitärer Hilfe überhaupt.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter
<http://bit.ly/1fNMsf7>

Aus den Europäischen Institutionen

Elektronisches Rechnungswesen

Die elektronische Rechnungsstellung wird bei öffentlichen Aufträgen zur Regel werden. Nach einer Einigung zwischen Parlament und Mitgliedstaaten müssen künftig Rechnungen, die nach einem bestimmten europäischen Standard erstellt worden sind, von jeder öffentlichen Stelle in der EU angenommen werden. Damit werden bürokratische Hemmnisse abgebaut, Verwaltungsabläufe beschleunigt, Kosten gespart und sowohl dem Lieferanten als auch der bestellenden öffentlichen Stelle Rechtssicherheit geboten.

Informationen zur E-Rechnung unter
<http://bit.ly/LG5ddm>

Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

Das Parlament fordert, dass die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit eingehalten werden. Zugleich wird die Kritik erneuert, dass diese Grundsätze in den Folgenabschätzungen der Kommission nicht hinreichend berücksichtigt werden. Die steigende Zahl von Fällen, in denen gerügt werde, dass der Entwurf eines Rechtsakts nicht im Einklang mit dem Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit stand, zeigt, dass die Parlamente der Mitgliedstaaten Interesse an der ordnungsgemäßen Anwendung dieser Grundsätze haben. Auch um die Zusammenarbeit mit den einzelstaatlichen Parlamenten zu stärken, wird in einer Entschließung vom 4.2.2014 vorgeschlagen, dass auf EU-Ebene entsprechende Kriterien festgelegt werden, anhand derer die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gemessen werden können.

Die Entschließung vom 4.2.2014 unter
<http://bit.ly/1i7drdf>

Aus den Europäischen Institutionen

Vergaberecht

Das Parlament hat für die öffentliche Auftragsvergabe nach mehrjähriger Diskussion am 15.1.2014 neue Vorschriften beschlossen. Die Revision der allgemeinen Vergaberichtlinie, die neue Konzessionsrichtlinie und die Sektorenrichtlinie für die Bereiche Wasser, Energie und Verkehr sind insgesamt eine kommunalfreundliche Entscheidung des Parlaments. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stand insbesondere die Konzessionsrichtlinie, mit der erstmalig die Übertragung von Nutzungsrechten an öffentlichen Gütern auf private Träger dem Vergaberecht unterworfen wird. Hier gibt es – entgegen dem Kommissionsentwurf – für den Bereich Wasserversorgung keine Ausschreibungspflicht. Damit bleibt der Gestaltungsraum der Gemeinden voll erhalten. Auch gibt es weiterhin Ausnahmen für Rettungsdienste.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://bit.ly/1jjQbrS>

Die Veröffentlichung der Richtlinien im EU-Amtsblatt vom 28.3.2014 unter

<http://bit.ly/1kinYDA>

Ladegeräte

Das Parlament will das einheitliche Ladegerät für Handys unterschiedlicher Hersteller vorschreiben. Diese Verpflichtung ist ein Bestandteil des Entwurfs der novellierten EU-Richtlinie über Funkanlagen, auf die sich Parlament, Rat und Kommission am 19.12.2013 geeinigt haben. Der Richtlinienentwurf enthält Vorschriften, die sicherstellen sollen, dass sich Funkgeräte, Mobiltelefone, Auto-Türöffner und Modems nicht gegenseitig stören.

Die Pressemitteilung des Parlaments (Englisch) vom 19.12.2013 unter

<http://bit.ly/1jKJTma>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

EU-Luftreinhaltungspaket

Ein von der Kommission am 18.12.2013 vorgelegtes umfassendes Luftreinhaltungspaket soll die Luftverschmutzung durch neue und verschärfte bestehende Vorschriften weiter reduzieren.

Die Kommission betont, dass viele EU-Mitgliedstaaten noch immer nicht die bestehenden EU-Normen für die Luftqualität und die Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen zur Luftverschmutzung einhalten.

Zum Gesetzespaket die Pressemitteilung mit weiteren Nachweisen vom 18.12.2013 unter

<http://bit.ly/1h5pAxT>

Grundwasserrichtlinie

Im Rahmen der Grundwasserüberwachung sollen die Mitgliedstaaten künftig auch für Phosphor und Nitrit die Festlegung von Schwellenwerten (von den Mitgliedsstaaten festgelegte Grundwasserqualitätsnormen) prüfen.

Ziel der Grundwasserrichtlinie vom 12.12.2006 ist der Erhalt sauberen Grundwassers. Wegen der hohen natürlichen Schwankungsbreite wurde auf einheitliche EU-Standards (mit Ausnahme für Nitrate und Pestizide) verzichtet. Insoweit obliegt es den Mitgliedsstaaten, ihre eigenen nationalen Grundwasserqualitätsnormen (Schwellenwerte) im Rahmen der Vorgaben im Anhang II festzulegen.

Der letzte Kommissionsbericht über Schwellenwerte im Grundwasser (13 Seiten) vom 5.3.2010 unter

<http://bit.ly/1cdKuHD>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Europäisches Kaufrecht

Das Parlament hat den Weg für ein gemeinsames Europäisches Kaufrecht frei gemacht. Damit soll der grenzüberschreitende Onlinehandel einfacher und sicherer werden. Das neue Kaufrecht nach EU-weit einheitlichen Regeln soll die nationalen Vorschriften nicht ersetzen, sondern als freiwillig wählbares (optionales) Vertragsrecht neben die Rechtsordnungen der 27 Mitgliedstaaten treten. Sofern Unternehmen ihre Produkte auf der Grundlage des Europäischen Kaufrechts anbieten, können sich Verbraucher per Mausklick für einen benutzerfreundlichen europäischen Vertrag entscheiden. Dann können sie u.a. beim Kauf einer fehlerhaften Ware - anders als bislang nach deutschem Recht - nach ihrer Wahl Ersatz, Reparatur oder Preisnachlass verlangen.

Die Entschließung des Parlaments vom 26.2.2014

<http://bit.ly/1owDOqx>

Bundestags Drucksache 17/8000 (360 Seiten) unter

<http://bit.ly/1i604dm>

Trinkwasser

Trinkwasser muss künftig auch auf die radioaktiven Stoffe Radon und Tritium getestet werden. Das sieht eine vom Rat am 22.10.2013 verabschiedete Richtlinie vor. Danach verpflichten sich die Mitgliedstaaten, auf der Grundlage gemeinsamer und vergleichbarer Methoden Überwachungsprogramme aufzulegen, um sicherzustellen, dass das Trinkwasser den Anforderungen dieser Richtlinie genügt. Ausgenommen vom Geltungsbereich der Richtlinie sind natürliche Mineralwässer und Wässer, die Arzneimittel sind. Für diese bestehen bereits Sonderregeln.

Die Pressemitteilung (Englisch) vom 22.10.2013 unter

<http://bit.ly/1iwmmUF>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Lieferwagen - CO₂-Emissionen

Die CO₂-Emissionen leichter Nutzfahrzeuge sollen deutlich gesenkt und zuverlässige Testmethoden eingeführt werden. Betroffen sind neue Nutzfahrzeuge mit einem Gewicht bis zu 3,5 Tonnen. Die vom Parlament am 14.1.2014 verabschiedete neue EU-Richtlinie schreibt vor, dass bis 2020 die CO₂-Emissionen auf 147 Gramm Kohlendioxid pro gefahrenen Kilometer (CO₂/km) abzusenkten sind. Vorgeschrieben werden auch neue Testmethoden, weil die derzeitigen Methoden die Angabe von Verbrauchs- und Emissionswerten ermöglichen, die unter normalen täglichen Fahrbedingungen so gut wie unmöglich zu erreichen sind.

Die Pressemitteilung des Parlaments vom 14.1.2014 unter <http://bit.ly/1eCO0Kk>

Die Beschlussfassung des Parlaments zu CO₂-Limits unter <http://bit.ly/1aSE0gJ>

Datenschutz im Internet

Die Bürger sollen einen Anspruch auf Löschung ihrer Daten im Internet und ein weitgehendes Recht auf Kontrolle ihrer Daten erhalten. Das ist das Kernanliegen der vom Parlament am 12.3.2014 in 1. Lesung verabschiedeten allgemeine Datenschutzverordnung. Es sollen die Rechte der Bürger und die Befugnisse unabhängiger Aufsichtsbehörden gestärkt werden, insbesondere durch verschärfte und neue Pflichten der Datenverarbeiter. Dabei stehen im Vordergrund das Recht der Bürger, persönliche Daten löschen zu lassen (Recht auf Vergessen) und klare Grenzen für das sog. „Profiling“, d.h. die Methode, Leistung einer Person bei der Arbeit, ihre wirtschaftliche Lage, den Standort, usw. zu analysieren oder vorherzusagen.

Die Pressemitteilung des Parlaments vom 12.3.2014 unter

<http://bit.ly/1i67xWF>

Die Entschließung des EP zum Verordnungs-Entwurf unter <http://bit.ly/OXol8A>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Bioprodukte

Die Kommission hat neue Regeln für die Biolandwirtschaft und den Handel mit Bioprodukten vorgeschlagen. Damit soll, nach zahlreichen Betrugsfällen in diesem Bereich, das Vertrauen der Verbraucher in Bioprodukte erhalten bzw. zurückgewonnen werden. Die neuen Regeln betreffen sowohl die Produktion als auch die Kennzeichnung von Bioprodukten, bis hin zu dem Verbot, auf einem Hof biologische und konventionelle Landwirtschaft zusammen zu betreiben.

Die Pressemitteilung vom 25.3.2014 unter
<http://bit.ly/1pxSXdN>

Website ökologischer Landbau unter
<http://bit.ly/1jOZkKF>

Pauschalreisen

Das Parlament will Urlauber besser schützen, die über eine Pauschalreise ihren Urlaub buchen. Dabei sollen insbesondere auch die Verbraucher in den Schutz einbezogen werden, die ihre Reise selbst zusammenstellen und über das Internet oder im Reisebüro buchen.

Zu den geplanten materiellen Schutzvorschriften für alle Pauschalreisende gehören u.a. folgende Neuregelungen:

- Die Kosten für die Rückreise im Falle einer Insolvenz des Reiseveranstalters müssen erstattet werden.
- Bei nachträglicher Steigerung des Preises von mehr als 8% muss eine andere Reise oder die Erstattung des Kaufpreises angeboten werden.
- Die Flugzeiten dürfen nicht um mehr als 3 Stunden verschoben werden.
- Bei unpünktlicher Heimreise muss der Reiseveranstalter die Kosten für den verlängerten Aufenthalt für höchstens 5 Nächte bis zu 125 Euro pro Nacht übernehmen.
- Verbraucher müssen eine Telefonnummer erhalten, die sie in Notfällen anrufen können - auch außerhalb der EU.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter
<http://bit.ly/1mtXlbM>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Versicherungsverträge

Das Parlament will den Abschluss von Lebens- und Sachversicherungen für die Kunden transparenter machen. Es geht vor allem um erweiterte und verständlichere Informationen und um die Offenlegung über die Art und den Ursprung der Vergütung, die für den Vertragsabschluss an den Vermittler fließt. Mit einem Standardinformati-
onsblatt soll das „Zeitalter des Kleingedruckten“ beendet werden.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter
<http://bit.ly/1kTITND>

Der Vorschlag der Kommission vom 03.7.2012
<http://bit.ly/1d6mTWL>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Fahrtenschreiber

Das Parlament hat Regeln für eine neue Generation von digitalen Fahrtenschreibern verabschiedet. Die digitalen Fahrtenschreiber zeichnen Geschwindigkeiten und Entfernungen sowie den Beginn und das Ende einer Fahrt automatisch auf. Die Aufzeichnung erfolgt selbständig nach drei Stunden ununterbrochener Lenkzeit. Damit können die vorgeschriebenen Fahrt- und Ruhezeiten über das Satellitennavigationssystem ohne Fahrzeugstopp besser überwacht werden. Das Anhalten von Fahrzeugen zu Kontrollzwecken kann sich auf die „schwarzen Schafe“ konzentrieren.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter
<http://bit.ly/19uQFIp>

Die Entschließung des Parlaments vom 15.1.2014 unter
<http://bit.ly/1ap5XiL>

Erneuerbare – Erzeugung und Verbrauch

In der EU ist 2012 der Anteil erneuerbarer Energien am Energieendverbrauch gestiegen, der Energieverbrauch selbst aber weiter gesunken. Der Anteil der Erneuerbaren stieg von 8,3% in 2004 auf 14,1% in 2012. Bei dieser Zunahme des Bruttoendenergieverbrauchs seit 2004 ist Schweden Spitzenreiter mit einer Steigerung von 38,7% in 2004 auf 51,0% in 2012. Im gleichen Zeitraum stieg in Deutschland der Anteil der Erneuerbaren am Bruttoendenergieverbrauch von 5,8% auf 12,4%. Zugleich war Deutschland in der EU der größte Erzeuger von erneuerbaren Energien mit 19%, gefolgt von Frankreich mit 12% und Schweden mit 10%; Österreich lag bei 5%.

Die Pressemitteilung von eurostat vom 10.3.2014 unter
<http://bit.ly/1g17wol>

Die Pressemitteilung von eurostat vom 17.2.2014 unter
<http://bit.ly/1gapdNc>

ÖPNV – Leitlinien

Die Kommission hat Leitlinien für öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße herausgegeben. Mit den Leitlinien sollen unterschiedliche Auslegungen und unkorrekte Anwendungen der Verordnung vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße vermieden werden. In dieser VO ist geregelt, wie Behörden in der EU Verträge über die Erbringung öffentlicher Verkehrsleistungen mit Bahn, Untergrund- oder Straßenbahn oder Bus schließen können, wie

Wirtschaft, Energie, Verkehr

diese Aufträge vergeben werden und wie Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen zu regeln sind.

Die Pressemitteilung unter
<http://bit.ly/1pFVP6C>

Die ÖPNV-Verordnung 23.10.2007 unter
<http://bit.ly/1hrBCAC>

Energieeffizienzrichtlinie – Leitlinien

Die Kommission hat am 25.10.2013 Leitlinien zu den wesentlichen Regelungen der Energieeffizienzrichtlinie veröffentlicht.

Die Rechtswirkung der Richtlinie wird durch diese Arbeitsunterlagen nicht verändert, sie sind lediglich Interpretationshilfen und rechtlich nicht bindend, entfalten ihre Wirkung aber indirekt, z. B. bei Streitigkeiten über die Auslegung der Energieeffizienzrichtlinie zwischen Mitgliedsstaaten und Kommission.

Die Leitlinien (11 Seiten) vom 6.11.2013 unter
<http://bit.ly/1dMJl89>

Die Energieeffizienzrichtlinie vom 25.11.2012 unter
<http://bit.ly/1bvLwua>

Notrufsystem eCall

Ab Oktober 2015 müssen in der EU alle neuen Auto- und Lieferwagenmodelle mit dem Notrufsystem eCall ausgerüstet sein. „eCall“ wird bei einem schweren Zusammenstoß automatisch durch die Auslösung des Airbags aktiviert. Dann wird die europäische Notrufnummer 112 angewählt und der Standort (mit einer Genauigkeit von zehn Metern) und die Fahrtrichtung (besonders wichtig auf Autobahnen und in Tunneln) an die Rettungsdienste übermittelt.

Die Pressemitteilung des Parlamentes vom 26.2.2014 unter
<http://bit.ly/1lsqtTg>

Der angenommene Verordnungstext unter
<http://bit.ly/1dzbUZf>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Fluggastrechte

Fluggäste sollen bei Verspätung und für verschwundenes Handgepäck besser entschädigt und die Beschwerdemöglichkeiten sollen erweitert werden. Der vom Parlament am 5.2.2014 verabschiedete Verordnungsentwurf sieht weiterhin u.a. vor, dass

- die Airlines spätestens 30 Minuten nach der planmäßigen Abflugzeit über die Umstände verspäteter oder annullierter Flüge informieren müssen,
- Laptop, Handtasche und Einkaufstüte nicht zum gewichtsmäßig begrenzten Handgepäck zählen,
- Kontaktpersonen am Flughafen bereitstehen müssen, die die Passagiere über ihre Rechte, mögliche Beschwerdeverfahren, Unterstützung, Erstattung und Flugumleitungen informieren,
- Schadensersatzansprüche des Fluggastes als anerkannt gelten, wenn eine Airline nicht innerhalb von 2 Monaten auf eine Beschwerde reagiert und

Die Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://bit.ly/1eWCLjW>

Der Verordnungsvorschlag der Kommission unter

<http://bit.ly/1jhHEmo>

Vernetzte Autos

Es gibt jetzt europäische Normen, die eine Kommunikation von Autos untereinander ermöglichen. Mit diesen neuen einheitlichen europäischen Standards können Unfälle vermieden werden, weil sich Fahrzeuge unterschiedlicher Hersteller auf Gefahren hinweisen können, z.B. Informationen über Unfälle, Eisregen, Staus und Geisterfahrer. Damit wird der Verkehrsfluss sicherer und effizienter.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 12.2.2014 unter

<http://bit.ly/1eyawSw>

Weitere Einzelheiten (Englisch) unter

<http://bit.ly/1jE8sRi>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Freihandelsabkommen - Konsultation

Zum Investorenschutz im z.Zt. verhandelten Freihandelsabkommen mit den USA ist eine Online-Konsultation eingeleitet worden. Damit wird vor allem auf die Befürchtung reagiert, dass ausländische Investoren EU-Staaten mit der Androhung von Schadenersatzforderungen unter Druck setzen und so Umwelt- und Verbraucherschutzstandards unterlaufen könnten.

Mit dem Freihandelsabkommen entfallen in vielen Bereichen Zölle, Doppelregulierungen und Investitionsbeschränkungen und es werden (Sicherheits-) Normen standardisiert. Das Freihandelsabkommen ist die Chance, den größten Binnenmarkt der Welt zu schaffen und weltweite Standards zu setzen. Das ist eine große Erleichterung für exportorientierte Betriebe. Davon verspricht sich die deutsche Wirtschaft zusätzliche Exporte in die Vereinigten Staaten von jährlich drei bis fünf Milliarden Euro.

Die Pressemitteilung der Kommission unter
bit.ly/1gdyLGZ

Grundsatzinformationen über TTIP unter
bit.ly/1dHtjBr

Flughafenbeihilfen - Leitlinien

Die Betriebskosten von Regionalflughäfen (Flugbetrieb) dürfen höchstens noch zehn Jahre gefördert werden. Das ist eine der Kernregelungen der neuen Beihilfeleitlinien für die staatliche Finanzierung von Flughäfen und Fluggesellschaften, die die Kommission am 20.2.2014 vorgelegt hat. Mit dieser Orientierungshilfe für die Mitgliedstaaten sollen einerseits die Anbindung bestimmter Gebiete gewährleistet, andererseits Überkapazitäten und unrentable Flughäfen im selben Einzugsgebiet verhindert werden.

Die Pressemitteilung vom 20.2.2014 unter
<http://bit.ly/MFnLKL>

Die Veröffentlichung der neuen Leitlinien im Amtsblatt der EU vom 4.4.2014 unter
<http://bit.ly/1e1hqm>

Der Text der Beihilfeleitlinien (Englisch, 44 Seiten) unter
<http://bit.ly/1h0527K>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Korruptionsbekämpfungsbericht

Der 1. EU-Korruptionsbekämpfungsbericht liegt vor. Danach gibt es Korruption in allen EU-Mitgliedstaaten und kostet die EU-Wirtschaft jedes Jahr rund 120 Mrd €. Im Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung gehört Deutschland laut Bericht „zu den erfolgreichsten Ländern der EU“. EU-weit werden folgende Bereiche generell als risikobehaftet bezeichnet: Öffentliche Auftragsvergabe, Stadtentwicklung, Bauwirtschaft und Gesundheitswesen.

Der Bericht vom 3.2.2014 (48 Seiten) unter
<http://bit.ly/OTIqNo>

Der Pressebericht für Deutschland unter
<http://bit.ly/1n2nv62>

Fahrzeugkontrollen, u.a. TÜV

Das Parlament hat für Fahrzeugkontrollen neue Mindeststandards verabschiedet. Künftig müssen ab 2018 in der EU Neuwagen erstmals nach vier Jahren zum TÜV. Danach ist die Untersuchung alle zwei Jahre fällig. Die Mitgliedstaaten können aber schärfere Vorschriften erlassen. Für Deutschland bleibt es daher bei PKW und LKW bei dem bewährten strengeren TÜV-Prüfungsintervall 3+2+2.

Verschärft werden die Unterwegskontrollen für LKW. Sie müssen jährlich bei mindestens 5% der in der EU zugelassenen Nutzfahrzeuge durchgeführt und überprüft werden, u.a. auf abgefahrene Reifen, zu schwache Bremsen und die Ladungssicherung.

Die Pressemitteilung des Parlament unter
<http://bit.ly/NFHxX1>

Informationen zur Technischen Überwachung unter
<http://bit.ly/1ir61yL>

Förderung und Termine

De-minimis-Beihilfen

Die neue De-minimis-Verordnung lässt die Höchstbeträge genehmigungsfreier Beihilfen unverändert, obwohl zahlreiche kommunale Verbände eine Erhöhung gefordert hatten. Auch Deutschland hatte sich für die Anhebung des Schwellenwerts auf 500.000 € ausgesprochen. Die am 1.1.2014 in Kraft getretene Regelung hat es bei dem bisherigen Schwellenwert von 200.000 € belassen und auch die sonstigen Modalitäten kaum verändert.

Nach der De-minimis-Verordnung müssen Beihilfen bis zu einem bestimmten Höchstbetrag, die einem einzigen Unternehmen über einen bestimmten Zeitraum gewährt werden, nicht bei der Kommission zur Genehmigung angemeldet werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich Beihilfen unter diesen Höchstgrenzen nicht auf den Wettbewerb und/oder den Handel im Binnenmarkt auswirken.

Die Pressemitteilung der Kommission unter
<http://bit.ly/1bwP3sb>

Die neue De-minimis VO unter
<http://bit.ly/1cqdSfl>

Grundstückserschließung – Zuschüsse

Zuschüsse für die Erschließung und Revitalisierung von Grundstücken fallen nicht unter die EU-Beihilfavorschriften. Mit dieser Feststellung hat die Kommission Zuschüsse zum Bau von Infrastruktur für Grundstücke für zulässig erklärt, weil die Erschließung von Grundstücken durch örtliche Behörden Teil von deren öffentlichem Auftrag ist und damit nicht unter die EU-Beihilfavorschriften fällt. Diese aktuelle Feststellung der Kommission schafft für Deutschland Rechtssicherheit.

Die Pressemitteilung vom 27.3.2014 unter
<http://bit.ly/1hO6nw6>

Förderung und Termine

Freiwilligentätigkeit

Das Parlament will die Freiwilligentätigkeit durch einen gemeinsamen europäischen Ansatz fördern. Die Kommission wird in einer Entschließung vom 10.12.2013 u.a. aufgefordert,

- einen Erfahrungspass („Europass Experience“) zu entwickeln, in dem während der Freiwilligentätigkeit erworbene Kompetenzen beschrieben werden,
- eine paneuropäische Plattform/Datenbank zu schaffen, mit Informationen über die verfügbaren Programme, die Kosten und die Teilnahmebedingungen und
- bei europäischen Projekten die Freiwilligentätigkeit als Kofinanzierungsanteil in Form einer Sachleistung anzuerkennen.

Zur Entschließung vom 10.12.2013 unter

<http://bit.ly/1fTUm9R>

Fördergebietskarte

Die Fördergebietskarte 2014-2020 für Deutschland ist genehmigt worden. In der Fördergebietskarte ist festgelegt, welche Gebiete nach den EU-Beihilfavorschriften für regionale Investitionsbeihilfen in Betracht kommen und bis zu welcher Obergrenze den Unternehmen in den Fördergebieten Beihilfen gewährt werden dürfen. In den ausgewiesenen Fördergebieten lebt etwa ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands. In diesen Gebieten können Beihilfen für regionale Investitionsvorhaben gewährt werden, soweit sie sich auf höchstens 10% bis 20% der Gesamtinvestitionskosten belaufen. Bei Investitionsvorhaben von KMU können diese Obergrenzen angehoben werden. Nach den EU-Regionalbeihilfeleitlinien haben Gebiete, in denen das Pro-Kopf-BIP unter 75% des EU-Durchschnitts liegt, bei der Gewährung regionaler Investitionsbeihilfen Priorität.

Die ausführlich Pressemitteilung vom 11.3.2014 unter

<http://bit.ly/1kaa9mh>

Die Liste deutscher Fördergebiete unter

<http://bit.ly/1dGmTCp>

Förderung und Termine

Öffentliche Urkunden

Die Anerkennung öffentlicher Urkunden soll vereinfacht und damit insbesondere der Umzug innerhalb der EU erleichtert werden. Das Parlament hat am 4.2.2014 eine Verordnung verabschiedet, mit der der zeit- und kostenaufwendige Echtheitsnachweis entfällt, d.h. es bedarf keiner teuren „legalisierten“ Fassungen oder „beglaubigten“ Übersetzungen mehr (Apostillen-Stempel). Von dieser Neuregelung werden zwölf Arten öffentlicher Urkunden erfasst, u.a. Urkunden über Geburt, Tod, Namen, Eheschließung, Abstammung, Adoption, Wohnsitz, Staatsangehörigkeit, Grundeigentum und Vorstrafenfreiheit.

Um Übersetzungen öffentlicher Urkunden zu vermeiden, sieht die Verordnung die Einführung mehrsprachiger Formulare für Geburt, Tod, Eheschließung, eingetragener Partnerschaft sowie Rechtsform einer Gesellschaft bzw. eines Unternehmens und Vertretungsbefugnis vor.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter
<http://bit.ly/1f3Mtfb>

Der Verordnungsvorschlag (60 Seiten) unter
<http://bit.ly/1bc7HMG>

Häufig gestellte Fragen unter
<http://bit.ly/1fScNwH>

Bildung und Soziales

Erasmus+ Förderleitfaden

Für das Programm Erasmus+ ist ein umfassender Förderleitfaden veröffentlicht worden. Darin wird erklärt, was bei der Antragstellung zu beachten ist und welche Fördermöglichkeiten es grundsätzlich gibt. Der Leitfaden richtet sich an Einzelpersonen und Organisationen, die im Jahr 2014 Finanzhilfen beantragen möchten. Weitere Informationen zu den Verfahren gibt es über die zuständigen Agenturen (siehe vorstehend). Organisationen können ihre Anträge online an die nationale Agentur oder an die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur in Brüssel richten. Einzelpersonen können sich nicht direkt um Finanzhilfen bewerben.

Der Förderleitfaden (Englisch, 267 Seiten) unter
<http://bit.ly/1cq7qQ2>

Die Webseite Erasmus+ unter
<http://bit.ly/1dhsywA>

Innovationsranking 2014

Deutschland gehört zu den innovativsten Ländern in Europa. Neben Schweden und Dänemark gehören Deutschland und Finnland zur Spitzengruppe der "Innovationsführer". Deren Leistungen liegen in allen Bereichen deutlich über dem EU-Durchschnitt: vom Forschungs- und Hochschulsektor über die Innovationstätigkeit der Unternehmen und das intellektuelle Kapital bis hin zur Innovation in KMU und den wirtschaftlichen Auswirkungen, die ausgewogene nationale Forschungs- und Innovationssysteme widerspiegeln. Nach dem neusten EU-Leistungsanzeiger ist aber nach wie vor die Schweiz die unbestrittene Nr.1 unter den europäischen Ländern. Auf globaler Ebene haben Südkorea, die USA und Japan einen Innovationsvorsprung vor der EU.

Die Pressemitteilung der Kommission unter
<http://bit.ly/1mXAJEH>

Die Innovationsleistung aller Mitgliedstaaten (Englisch) unter
<http://bit.ly/1c4WihH>

Bildung und Soziales

Erasmus+ Portal

Es gibt jetzt ein gemeinsames Internetportal für Erasmus+, in dem die Informationsangebote der vier Nationalen Agenturen zusammengeführt werden. Es wird nicht nur ein Überblick zur EU-Förderung in den verschiedenen Bildungs- und Jugendbereichen, sondern auch Unterstützung bei der Antragstellung angeboten. Ergänzt wird das Leistungsspektrum der Agenturen durch Fachkonferenzen, Partnerbörsen sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Das Portal unter
<http://bit.ly/1lu3q32>

Sozialleistungen – arbeitslose EU-Zuwanderer

Die Kommission hat einen Leitfaden über die Ansprüche von arbeitslosen EU-Zuwanderern auf Sozialhilfe veröffentlicht. Nach dem EU-Recht gibt es Sozialhilfeansprüche nur am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts. Der Leitfaden soll den nationalen Behörden helfen, den „gewöhnlichen Aufenthaltsort“ eines Antragsstellers festzustellen und damit den Missbrauch der Sozialsysteme in anderen EU-Ländern unterbinden.

Die Pressemitteilung vom 13.1.2014 unter
<http://bit.ly/1dOsbbL>

Der Leitfaden, der noch in alle Amtssprachen übersetzt wird (z.Zt. nur Englisch, 54 Seiten) unter
<http://bit.ly/1hfn4SL>

Meisterbrief

Die Kommission hat nach eigenen Angaben keinerlei Pläne, den deutschen Meisterbrief abzuschaffen. Zu dieser Erklärung sah sich die Kommission veranlasst, nachdem ein Aufruf der Kommission an die Mitgliedstaaten, ihre Zugangsschranken für regulierte Berufe zu begründen und zu hinterfragen, zu Irritationen geführt hatte.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 21.2.2014 unter
<http://bit.ly/1ctzhW7>

Die Mitteilung der Kommission vom 2.10.2013 unter
<http://bit.ly/1e0zNFU>

Bildung und Soziales

Asylbewerberzahlen 2013

Die Asylbewerberzahlen in der EU sind 2013 deutlich angestiegen. Nach den Erhebungen von Eurostat wurden 2013 in der EU(28) 434.160 Asylbewerber gemeldet. Auf Deutschland entfiel mit 126.705 bzw. 29% aller Bewerber die höchste Anzahl an Asylbewerbern, gefolgt von Frankreich (64.760 bzw. 15%) und Schweden (54.270 bzw. 13%).

Die Pressemitteilung von Eurostat über

<http://bit.ly/1gu9pct>

Lernmobilität

Für die Planung eines Studien- oder Ausbildungsaufenthalts im Ausland gibt es eine Übersicht der Unterstützungs- und Beratungssysteme. Der erste „Mobilitätsanzeiger“ der EU beurteilt die 28 EU-Mitgliedstaaten nach folgenden fünf Schlüsselfaktoren, die die Motivation und die Möglichkeiten junger Menschen für das Lernen im Ausland beeinflussen:

1. Informationen und Orientierungshilfe zu Mobilitätsmöglichkeiten,
2. Übertragbarkeit von staatlichen Darlehen und Stipendien zu denselben Bedingungen wie im Heimatland,
3. Fremdsprachenkenntnisse,
4. Anerkennung von Studienleistungen im Ausland und
5. Unterstützung benachteiligter Lernender.

Nach dem Mobilitätsanzeiger haben u.a. Deutschland, Spanien, Frankreich und Italien die besten öffentlichen Unterstützungs- und Beratungssysteme für Studierende im Ausland.

Die Pressemitteilung vom 10.01.2014 unter

<http://bit.ly/1a6fMlo>

Der Mobilitätsanzeiger (Englisch, 62 Seiten) unter

<http://bit.ly/1hCU4rh>

Bildung und Soziales

EURES

Das europaweite Jobportal EURES soll zu einem echten EU-Arbeitsmarktinstrument ausgebaut werden. Das seit 1993 bestehende Portal zur beruflichen Mobilität informiert z.Zt. in 25 Sprachen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Stellengesuche in den EU-Staaten. Nach einem Vorschlag der Kommission soll die Erweiterung vor allem mehr Angebote und Informationen über die Bedingungen im Zielland betreffen. Der Ausbau beinhaltet u. a. die Ausweitung auf Angebote privater Arbeitsvermittlungen, den automatischen Abgleich von freien Stellen und Lebensläufen und Informationen über die Bereitstellung mobilitätsfördernder Leistungen für Bewerber und Arbeitgeber.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 17.1.2014 unter
<http://bit.ly/1aXaGCK>

Der Verordnungsvorschlag vom 17.1.2014 unter
<http://bit.ly/1d3rhVa>

Sicherheit

Krankenversicherungskarte

Es gibt jetzt unter <http://bit.ly/1estQ3P> eine App zur Nutzung der Europäischen Krankenversicherungskarte. Damit können in 24 Sprachen wichtige Hinweise heruntergeladen werden, wie Notrufnummern, Informationen zu Behandlungen und Kosten, Verfahren zur Beantragung einer Kostenerstattung sowie Kontaktinformationen für den Fall des Verlusts der Karte. Die Karte selbst kann aber nicht im Internet generiert oder heruntergeladen, sondern kann nur von der jeweils zuständigen gesetzlichen Krankenversicherung ausgestellt werden.

Einzelheiten zur Krankenversicherungskarte in Deutschland unter <http://bit.ly/1k8BUvl>

in Österreich unter <http://bit.ly/1k8C1ay>

Katastrophen – Massenevakuierungen

Die Massenevakuierungen bei Katastrophen ist ein europäisches Thema. Der Rat hat am 5.12.2013 die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgerufen, als Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung ein Konzept bzw. Leitlinien für Massenevakuierungen bei Katastrophen auszuarbeiten. Kernanliegen des Rats ist eine Vorsorgeplanung zur ggf. auch grenzüberschreitenden Aufnahme von Evakuierten (Notunterkünfte, Dekompressionsausrüstung, Transport, Wasser- und Lebensmittelversorgung etc.) sowie die Möglichkeiten für die Rückkehr der Evakuierten.

Der Rat vom 5.12.2013 (Englisch) unter <http://bit.ly/1kIIElw>

s.a. Schweiz – Großräumige Evakuierungen unter <http://bit.ly/1g3NfMd>

Sicherheit

Ermittlungsverfahren – grenzüberschreitend

Bei Verbrechen sollen grenzüberschreitende Ermittlungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Nach der vom Parlament am 27.2.2014 verabschiedeten neuen Europäischen Ermittlungsanordnung (EEA) soll insbesondere bei Terrorismus, Drogenhandel oder Korruption die Beweisbeschaffung in einem anderen EU-Land schneller erfolgen, z.B. bei Hausdurchsuchungen oder Zeugenbefragungen. Die Mitgliedstaaten müssen innerhalb von 30 Tagen entscheiden, ob sie eine EEA-Anfrage akzeptieren oder nicht. Im Falle einer Zusage ist die angeforderte Ermittlungsmaßnahme innerhalb von 90 Tagen durchzuführen.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter
<http://bit.ly/1kUuu2D>

Die Entschließung des Parlaments vom 27.2.2014 unter
<http://bit.ly/1obMaFP>